REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, Artikel D.IV.1 §2 Nummern 1 und 3;

Aufgrund des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In der Erwägung, dass eine gewisse Dringlichkeit besteht, für die kontinuierliche Gewährleistung des öffentlichen Dienstes und um für eine größtmögliche Rechtssicherheit für die Bürger, Unternehmen und Verwaltungen zu sorgen insbesondere im Hinblick auf die bereits stattfindenden Wiederaufbaumaßnahmen infolge der Hochwasserkatastrophe von Juli 2021 müssen ebenfalls kurzfristig die rechtlichen Rahmenbedingungen vorliegen; dass es unter diesen Umständen angebracht ist, gemäß Artikel D.I.4 §1 Absatz 4 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung kein Gutachten des Beirats für Raumordnung zu beantragen;

In Erwägung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 28. Juli 2021 zur Anerkennung der Überschwemmungen vom 14. bis 16. Juli 2021 als allgemeine Naturkatastrophe und zur Abgrenzung ihrer geographischen Ausdehnung;

Auf Vorschlag des für die Raumordnung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – Artikel R.IV.1-1 des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 4 wird folgende Nummer 18 eingefügt:
„18. anerkannte Naturkatastrophe: eine aufgrund des Dekrets der Wallonischen Region vom 26. Mai 2016 über die Wiedergutmachung bestimmter Schäden, die durch allgemeine Naturkatastrophen entstanden sind, anerkannte Naturkatastrophe.“

2. Unter Punkt B der Nomenklatur werden folgende Zeilen 10 bis 12 eingefügt:

		10	Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe vorgenommene Handlungen und Arbeiten zur Instandsetzung von Gebäuden und Bauten, sofern gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind: a) die Handlungen und Arbeiten erfolgen binnen 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe; b) die Handlungen und Arbeiten werden dem Gemeindekollegium mindestens 15 Tage vor ihrem Beginn mitgeteilt; c) die Handlungen und Arbeiten beeinträchtigen nicht das Tragwerk des Gebäudes oder der Baute; d) die Handlungen und Arbeiten entsprechen den in Punkt A1 aufgeführten Bedingungen; e) der Verschluss, die Öffnung oder die Veränderung von ursprünglichen Öffnungen in der Dachfläche erfolgen auf höchstens einer Ebene und mit denselben Baustoffen als denjenigen des Daches; f) der Verschluss, die Öffnung oder die Veränderung von ursprünglichen Öffnungen in aufgehenden Mauerwerken erfüllen gleichzeitig folgende Bedingungen: i) der Verschluss oder die Veränderung wird mit den gleichen Verkleidungswerkstoffen wie diejenigen des aufgehenden Mauerwerks durchgeführt; ii) jede Öffnung oder Veränderung erfolgt einzeln betrachtet auf höchstens einer Geschossebene; iii) falls das Gut einem regionalen oder kommunalen Leitfaden für den Städtebau unterliegt, entsprechen die Handlungen und Arbeiten diesem Leitfaden.	x		x
		11	Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe vorgenommener Abbruch von freistehenden Gebäuden, Bauten und Anlagen, sofern gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind: a) der Abbruch erfolgt binnen 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe; b) der Abbruch wird dem Gemeindekollegium mindestens 15 Tage vor seinem Beginn mitgeteilt.	x		x
		12	Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe vorgenommener Abbruch von nicht freistehenden Gebäuden, Bauten und Anlagen, sofern gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind: a) der Abbruch erfolgt binnen 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe; b) der Abbruch erfolgt im Rahmen eines im Dringlichkeitsverfahren angenommenen Erlasses des Bürgermeisters, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.	x		x

3. Unter Punkt P der Nomenklatur werden folgende Zeilen 4.1 bis 4.5 eingefügt:

		4.1	Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe und für einen Zeitraum von höchstens 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe die vorläufige Einrichtung von Anlagen auf öffentlichem Eigentum, die einen öffentlichen Dienst, eine öffentliche Dienstleistung oder eine Tätigkeit von allgemeinem Interesse gemäß Artikel D.IV.22 Absatz 1 Nummer 7 oder eine Tätigkeit des öffentlichen Interesses gemäß Artikel R.IV.22-2 Nummer 17 beherbergen.	x		x

			Die Genehmigung zur Nutzung des öffentlichen Eigentums wird vorab eingeholt. Das Gelände wird nach Ablauf des Zeitraums in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.			
		4.2	Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe und für einen Zeitraum von höchstens 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe die vorläufige Einrichtung von Anlagen, Außenparkplätze inbegriffen, auf privatem Eigentum, die einen öffentlichen Dienst, eine öffentliche Dienstleistung oder eine Tätigkeit von allgemeinem Interesse gemäß Artikel D.IV.22 Absatz 1 Nummer 7 oder eine Tätigkeit des öffentlichen Interesses gemäß Artikel R.IV.22-2 Nummer 17 beherbergen, sofern gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind: a) es handelt sich um die Verlegung einer in der Gemeinde bestehenden Tätigkeit; b) es handelt sich um ein zur Verstädterung bestimmtes Gebiet im Sinne von Artikel D.II.23; c) es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das von einem Risiko gemäß Artikel D.IV.57 Absatz 1 Nummer 3 betroffen ist oder das der Gefahr eines konzentrierten Abflusses ausgesetzt wird, d. h. einer natürlichen Konzentrationsachse des Niederschlagswassers; d) es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das in den letzten fünf Jahren direkt von Überschwemmungen getroffen wurde; e) es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, dessen Lage das Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern könnte; f) es betrifft nicht einen aufgrund des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Standort oder ein auf dem kartographischen Portal des ÖDW angeführtes Gebiet von großem biologischem Interesse; g) das Gelände wird nach Ablauf des Zeitraums in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.	x		x
		4.3	Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe und für einen Zeitraum von höchstens 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe die vorläufige Einrichtung von Anlagen mit kommerziellem Charakter oder Anlagen zur Beherbergung eines Unternehmens oder eines Selbstständigen auf dem öffentlichen Eigentum, sofern es sich um die Verlegung einer in der Gemeinde bestehenden Tätigkeit handelt. Die Genehmigung zur Nutzung des öffentlichen Eigentums wird vorab eingeholt. Das Gelände wird nach Ablauf des Zeitraums in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.	x		x
		4.4	Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe und für einen Zeitraum von höchstens 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe die vorläufige Einrichtung von Anlagen mit kommerziellem Charakter oder Anlagen zur Beherbergung eines Unternehmens oder eines Selbstständigen, Außenparkplätze inbegriffen, auf Privateigentum, sofern gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind: a) es handelt sich um die Verlegung einer in der Gemeinde bestehenden Tätigkeit; b) es handelt sich um ein zur Verstädterung bestimmtes Gebiet im Sinne von Artikel D.II.23; c) es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das von einem Risiko gemäß	x		x

			Artikel D.IV.57 Absatz 1 Nummer 3 betroffen ist oder das der Gefahr eines konzentrierten Abflusses ausgesetzt wird, d. h. einer natürlichen Konzentrationsachse des Niederschlagswassers; d) es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das in den letzten fünf Jahren direkt von Überschwemmungen getroffen wurde; e) es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, dessen Lage das Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern könnte; f) es betrifft nicht einen aufgrund des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Standort oder ein auf dem kartographischen Portal des ÖDW angeführtes Gebiet von großem biologischem Interesse; g) das Gelände wird nach Ablauf des Zeitraums in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.			
		4.5	Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe und für einen Zeitraum von höchstens 24 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe das vorläufige Aufstellen von Leichtbauwohnungen zur Beherbergung von Opfern der Naturkatastrophe durch oder im Auftrag der Gemeinden, der öffentlichen Sozialhilfezentren oder der Wohnungsbaugesellschaften öffentlichen Dienstes, sofern gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllt sind: a) es handelt sich um ein zur Verstädterung bestimmtes Gebiet im Sinne von Artikel D.II.23; b) es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das von einem Risiko gemäß Artikel D.IV.57 Absatz 1 Nummer 3 betroffen ist oder das der Gefahr eines konzentrierten Abflusses ausgesetzt wird, d. h. einer natürlichen Konzentrationsachse des Niederschlagswassers; c) es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das in den letzten fünf Jahren direkt von Überschwemmungen getroffen wurde; d) es betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, dessen Lage das Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern könnte; e) es betrifft nicht einen aufgrund des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Standort oder ein auf dem kartographischen Portal des ÖDW angeführtes Gebiet von großem biologischem Interesse; f) das Gelände wird nach Ablauf des Zeitraums in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.	x		x

4. In der Zeile P5 der Nomenklatur wird die Wortfolge „Punkten 1 und 4“ durch die Wortfolge „Punkten 1 und 4 bis 4.5“ ersetzt.

5. In der Zeile W4 der Nomenklatur wird die Wortfolge „, inbegriffen Kunstbauwerke, die Straßen oder Eisenbahngleise stützen“ eingefügt.

6. Unter Punkt W der Nomenklatur werden folgende Zeilen 19 bis 21 eingefügt:

		19	Aufstellen von technischen Geräten zur Überwachung von Wasserläufen.	x		x
		20	In von anerkannten Naturkatastrophen betroffenen Gebieten und sofern die Arbeiten binnen drei	x		x

			Jahren ab Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe maßgeblich begonnen wurden, Handlungen und Arbeiten zum Wiederaufbau von Brücken, inbegriffen das Tragwerk betreffende Arbeiten, zur Instandsetzung der Uferbereiche oder des Bachbetts eines Wasserlaufs oder zur Reparatur der Talsperren und ihrer Anlagen, sofern die Lokalisierung der Anlagen unverändert bleibt und Maßnahmen zur Beibehaltung der Nutzung durch die Verkehrsteilnehmer getroffen werden.			
		21	In von anerkannten Naturkatastrophen betroffenen Gebieten und sofern die Arbeiten binnen drei Jahren ab Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe maßgeblich begonnen wurden, Abbruch, Instandsetzung oder Wiederaufbau von Ufermauern oder anderen Kunstbauwerken, die im Eigentum des Verwalters des nicht schiffbaren Wasserlaufs stehen.	x		x

7. Unter Punkt X der Nomenklatur wird folgende Zeile 7.1 eingefügt:

		7.1	Infolge einer anerkannten Naturkatastrophe und sofern die Arbeiten binnen drei Jahren ab Veröffentlichung des Erlasses zur Anerkennung der Naturkatastrophe maßgeblich begonnen wurden, Verlegung, Verlagerung, Umrüstung und Ersetzten von unter- oder überirdischen Abwasser-, Flüssigkeits-, Energie- und Telekommunikationsleitungsnetzen und ihren Nebenanlagen.	x		x

8. In der Zeile X8 der Nomenklatur wird die Wortfolge „Punkten 1 bis 7“ durch die Wortfolge „Punkten 1 bis 7.1“ ersetzt.

Art. 2 – Vorliegender Erlass tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt in Kraft.

Art. 3 – Der für die Raumordnung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Antonios Antoniadis

Digital unterschrieben von Antonios Antoniadis
Datum: 2021.12.09 08:36:35 +01'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement modifiant la partie règlementaire du Code du développement territorial

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la partie décrétale du Code du développement territorial, l'article D.IV.1, § 2, 1° et 3°;

Vu la partie règlementaire du Code du Développement territorial;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le [...];

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le [...];

Vu l'avis n° [...] du Conseil d'État, donné le [...] en application de l'article 84, § 1er, alinéa 1er, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant qu'il y a une certaine urgence à garantir la continuité du service public et à assurer une sécurité juridique maximale pour les citoyens, les entreprises et les administrations, notamment en vue des travaux de reconstruction déjà en cours suite aux inondations catastrophiques de juillet 2021, le cadre juridique doit également être disponible à court terme; qu'il convient, dans ces circonstances, de ne pas solliciter l'avis du conseil consultatif pour l'aménagement du territoire prévu à l'article D.I.4, § 1er, alinéa 4, du Code du développement territorial;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 28 juillet 2021 reconnaissant comme calamité naturelle publique les inondations survenues du 14 au 16 juillet 2021 et délimitant son étendue géographique;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire;

Après délibération,

Arrête :

Article 1er - À l'article R.IV.1-1 de la partie règlementaire du Code du développement territorial, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 1er juillet 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 4 est complété par un 18° rédigé comme suit :
« 18° calamité naturelle reconnue : une calamité naturelle reconnue en vertu du décret de la Région wallonne du 26 mai 2016 relatif à la réparation de certains dommages causés par des calamités naturelles publiques. »;

2° le point B de la nomenclature est complété par les lignes 10 à 12 rédigées comme suit :

		10	Actes et travaux de remise en état de bâtiments et constructions à la suite d'une calamité naturelle reconnue, pour autant que cumulativement :	X		x

			a) les actes et travaux sont réalisés dans les vingt-quatre mois suivant la publication de l'arrêté reconnaissant la calamité naturelle; b) les actes et travaux sont communiqués au collège communal au moins quinze jours avant leur début; c) les actes et travaux ne portent pas atteinte à la structure portante des bâtiments ou constructions; d) les actes et travaux répondent aux conditions mentionnées au point A1; e) l'obturation, l'ouverture ou la modification de baies existantes situées dans le plan de toiture, sur maximum un niveau, effectuée dans les mêmes matériaux que ceux de la toiture; f) l'obturation, l'ouverture ou la modification de baies existantes dans les élévations pour autant que, cumulativement : i) l'obturation ou la modification est effectuée avec les mêmes matériaux de parement que ceux de l'élévation; ii) chaque ouverture ou modification s'étend sur maximum un niveau; iii) lorsque le bien est soumis à un guide régional ou communal d'urbanisme, les actes et travaux sont conformes à ce guide.			
		11	À la suite d'une calamité naturelle reconnue, la démolition de bâtiments, constructions et installations isolés, pour autant que cumulativement : a) la démolition est réalisée dans les vingt-quatre mois suivant la publication de l'arrêté reconnaissant la calamité naturelle; b) la démolition est communiquée au collège communal au moins quinze jours avant son début.	x		x
		12	À la suite d'une calamité naturelle reconnue, la démolition de bâtiments, constructions et installations non isolés, pour autant que cumulativement : a) la démolition est réalisée dans les vingt-quatre mois suivant la publication de l'arrêté reconnaissant la calamité naturelle; b) la démolition est réalisée dans le cadre d'un arrêté du bourgmestre pris en urgence dans le but d'assurer la sécurité publique.	x		x

3° le point P de la nomenclature est complété par les lignes 4.1 à 4.5 rédigées comme suit :

		4.1	À la suite d'une calamité naturelle reconnue et pour une période de vingt-quatre mois au plus suivant la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, le placement provisoire sur le domaine public d'installations accueillant un service public ou une activité à finalité d'intérêt général visée à l'article D.IV.22, alinéa 1er, 7°, ou une activité d'utilité publique visée à l'article R.IV.22-2, 17°. L'autorisation d'occupation du domaine public est demandée au préalable. Au terme du délai, le terrain retrouve son état initial.	x		x
		4.2	À la suite d'une calamité naturelle reconnue et pour une période de vingt-quatre mois au plus suivant la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, le placement provisoire sur le domaine privé d'installations, en ce compris des emplacements de stationnement en plein air, accueillant un service public ou une activité à finalité d'intérêt général visée à l'article D.IV.22,	x		x

			alinéa 1er, 7°, ou une activité d'utilité publique visée à l'article R.IV.22-2, 17°, pour autant que, cumulativement : a) il s'agit du déplacement d'une activité existant dans la commune; b) il s'agit d'une zone destinée à l'urbanisation au sens de l'article D.II.23; c) le terrain ou la partie de terrain ne sont pas concernés par un risque au sens de l'article D.IV.57, alinéa 1er, 3°, ou un risque de ruissellement concentré, c.-à-d. un axe de concentration naturel des eaux pluviales; d) le terrain ou la partie de terrain n'ont pas subi d'inondation dans les cinq dernières années; e) la localisation du terrain ou de la partie de terrain n'est pas susceptible d'accroitre le risque d'accident majeur au sens du décret de la Région wallonne du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement ou d'en aggraver les conséquences; f) il ne s'agit ni d'un site reconnu en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, ni d'un site de grand intérêt biologique figurant sur le site cartographique du SPW; g) au terme du délai, le terrain retrouve son état initial.			
		4.3	À la suite d'une calamité naturelle reconnue et pour une période de vingt-quatre mois au plus suivant la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, le placement provisoire sur le domaine public d'installations à caractère commercial ou accueillant l'activité d'un indépendant ou d'une entreprise, à la condition que l'activité existe dans la commune et soit déplacée. L'autorisation d'occupation du domaine public est demandée au préalable. Au terme du délai, le terrain retrouve son état initial.	x		x
		4.4	À la suite d'une calamité naturelle reconnue et pour une période de vingt-quatre mois au plus suivant la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, le placement provisoire sur le domaine privé d'installations à caractère commercial ou accueillant l'activité d'une entreprise ou d'un indépendant – en ce compris les emplacements de stationnement – pour autant que, cumulativement : a) il s'agit du déplacement d'une activité existant dans la commune; b) il s'agit d'une zone destinée à l'urbanisation au sens de l'article D.II.23; c) le terrain ou la partie de terrain ne sont pas concernés par un risque au sens de l'article D.IV.57, alinéa 1er, 3°, ou un risque de ruissellement concentré, c.-à-d. un axe de concentration naturel des eaux pluviales; d) le terrain ou la partie de terrain n'ont pas subi d'inondation dans les cinq dernières années; e) la localisation du terrain ou de la partie de terrain n'est pas susceptible d'accroitre le risque d'accident majeur au sens du décret de la Région wallonne du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement ou d'en aggraver les conséquences; f) il ne s'agit ni d'un site reconnu en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, ni d'un site de grand intérêt biologique figurant sur le site cartographique du SPW; g) au terme du délai, le terrain retrouve son état initial.	x		x

		4.5	À la suite d'une calamité naturelle reconnue et pour une période de vingt-quatre mois au plus suivant la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, le placement provisoire d'habitations légères par ou pour le compte des communes, des centres publics d'action sociale ou des sociétés de logement de service public – en vue d'héberger des victimes de la calamité naturelle – pour autant que, cumulativement : a) il s'agit d'une zone destinée à l'urbanisation au sens de l'article D.II.23; b) le terrain ou la partie de terrain ne sont pas concernés par un risque au sens de l'article D.IV.57, alinéa 1er, 3°, ou un risque de ruissellement concentré, c.-à-d. un axe de concentration naturel des eaux pluviales; c) le terrain ou la partie de terrain n'ont pas subi d'inondation dans les cinq dernières années; d) la localisation du terrain ou de la partie de terrain n'est pas susceptible d'accroitre le risque d'accident majeur au sens du décret de la Région wallonne du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement ou d'en aggraver les conséquences; e) il ne s'agit ni d'un site reconnu en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, ni d'un site de grand intérêt biologique figurant sur le site cartographique du SPW; f) au terme du délai, le terrain retrouve son état initial.	x		x

4° dans la ligne P5 de la nomenclature, les mots « 1° et 4° » sont remplacés par les mots « 1° et 4° à 4.5 »;

5° la rubrique W4 de la nomenclature est complétée par les mots « en ce compris les ouvrages d'art supportant des rues ou des voies ferrées »;

6° le point W de la nomenclature est complété par les lignes 19 à 21 rédigées comme suit :

		19	L'installation d'équipements techniques de surveillance des cours d'eau.	x		x
		20	Dans les zones touchées par des calamités naturelles reconnues et pour autant que les travaux aient commencé de manière significative dans les trois ans qui suivent la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, les actes et travaux concernant la reconstruction de ponts, en ce compris les travaux de soutènement, la réfection des berges ou du lit d'un cours d'eau, ou la réparation de barrages et de leurs installations, pour autant que leur localisation reste inchangée et que les conditions offertes aux différents usagers sont conservées.	x		x
		21	Dans des zones touchées par des calamités naturelles reconnues et pour autant que les travaux aient commencé de manière significative dans les trois ans qui suivent la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, la démolition, la réfection ou la reconstruction de murs de berges ou d'autres ouvrages d'art situés sur la propriété du gestionnaire du cours d'eau non navigable.	x		x

7° le point X de la nomenclature est complété par la ligne 7.1 rédigée comme suit :

		7.1	Dans des zones touchées par des calamités naturelles reconnues et pour autant que les travaux aient commencé de manière significative dans les trois ans qui suivent la publication de l'arrêté reconnaissant ladite calamité, le placement, le déplacement, la transformation et le remplacement de réseaux d'eaux usées, de fluides, d'énergie et de télécommunication, enterrés ou aériens, et de leurs dispositifs accessoires.	x		x

8° dans la ligne X8 de la nomenclature, les mots « 1° à 7° » sont remplacés par les mots « 1° à 7.1 »;

Art. 2 – Le présent arrêté entre en vigueur [x] jours après sa publication au Moniteur belge.

Art. 3 – Le Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS